

**Tageblatt für Völkler.**  
Unterhaltung, Gesellschaft, Bienenkunde.  
Bienenkunde: Vorkurs für 1892.  
Bienenkunde: Vorkurs für 1892.  
Bienenkunde: Vorkurs für 1892.

# Dresdner Nachrichten

**Dr. Kadner's Sanatorium.**  
Diätetische Niederlösnitz b. Dresden.  
Kuranstalt für Nervenleiden, Blatarrh, Fellsucht,  
Diabetes, Gicht, Unterleibsleiden.

**N. Salm**  
(Inh.: Rich. Wiedner)  
Special-Fabrik  
geprägter Siegel, Platen  
Platen b. Dr.  
Kunzeustraße 17  
Empfiehlt eine besonders  
geprägte Platten- und  
Siegel-Fabrik, sowie  
Schulden, alle Sorten  
Kunzeustraße 17  
Jahrg. 1892.

**F. H. Hörichs**  
Moritzstraße 9 (Fernsprecher 3277),  
direkt an der König-Johannstr., gegenüber Zochstraße.  
Bestassortirtes Conserven- u. Delicatessenlager  
der inneren Stadt.  
Größte Auswahl. Billigste Preise. Coulaute Bedienung.

**Glaswaaren**  
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und  
Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl  
Wilh. Rühl & Sohn,  
Neumarkt 11. Fernsprecherstelle 119.

**Neuheiten**  
eleganter deutscher u. engl. Tuchwaren  
empfehlen in größtmöglicher Auswahl billigst  
**C. H. Hesse, Marienstraße 20**  
(„Drei Raben“).

**Dr. med. Bück's Schmerzstiller,**  
ärztlicherseits empfohlen als bestes und unfehlbares Heilmittel  
bei Reissen, Influenza, Rückenschmerz, Asthma, Nervenschmerzen,  
Seitenstechen, Zahnweh, Geschwächte Körpertheile stärkend,  
Lähmungen heilend. 75 Pfg. und 2 Mk. 25 Pf.

**Dr. 30. Spiegel:** Bericht zum Handwerkerkongress, Ausgleich und Valutaregulierung in Oesterreich, Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Nachrichten zum Etat, Stadtverordnetenversammlung, Kaiser-Geburtsfeier, Gerichtsverhandlungen, Tagesgespräche, „Wahlrecht“? Galaoper. **Sonnabend, 30. Januar.**

**Politik, Dr. Emil Mann in Dresden.**  
Der deutsche Handwerkerkongress, welcher am die Mitte des kommenden Monats in Berlin zusammenzutreten soll, hat bereits ein Vorspiel gefunden, welches wohl geeignet ist, Aufsehen zu erregen, leider aber auch auf die Unbefangenheit gewisser maßgebender Kreise ein solches Licht wirft, daß es lobend, einen Augenblick belächeln zu dürfen. In der „Fr.-Blg.“ finden sich hieher einige Angaben, denen man umso leichter Glauben schenken darf, als sie aus direktester Quelle stammen. Von den Innungsverbänden dreier Großstädte war der Antrag gestellt worden, infolge der unfreundlichen Haltung der Reichsregierung die bestehenden Innungen aufzulösen oder in politischen Vereinen zu organisieren. Es liegt in diesem Antrag ohne Zweifel eine so vollkommene Negation, eine derartige Wirtlosigkeit, daß man dem in Berlin bestehenden Centralausschuß deutscher Innungen es nicht verdenken kann, wenn er beschloß, gegen den Auflösungsantrag zu plädieren, obwohl er es sich nicht verhehle, daß der Handwerkerkongress in seiner Mehrheit die Pläne in's Leben weisen könnte. Erhielt es für seine Pflicht, noch die letzten Mittel zu versuchen, weil er sich vollbewußt war, daß die Rückkehr zu einer ansehnlichen Selbsthilfe das Handwerk zum wehrlosen Schlachtopfer des Großkapitals und jüdischen Dünkelthums machen, daß eine Umformung zu politischen Vereinen eine Spaltung in Antisemiten und Sozialdemokraten ergeben werde. Der Centralausschuß suchte daher um eine Audienz bei Herrn von Bötticher nach, um die Regierung auf die Gefahr aufmerksam zu machen, welche in einer möglichen Abkündigung des gemeinsamen deutschen Handwerkerverbandes aus seiner bisherigen ruhigen und loyalen Haltung in das Fahrwasser der extremen Parteien bestände. Der Herr Minister dankte höflich und zuckte die Achseln.

Es bereits diese kühle, halb ironische Haltung des Herrn von Bötticher, die ja leider auch im Reichstage ihren Ausdruck fand, höchst bedauerlich und eigentlich recht im Widerspruch mit dem so oft und allerdings so wenig staatsfremd betonten Programm, alle Dinge in ihrer Wirkung auf die Sozialdemokratie zu betrachten, so ergeben sich aus der Geschichte der Röhner Handwerkerkongressen einige Punkte, die den guten Glauben und das Vertrauen wohl erschüttern könnten. Jene Kongresse waren bekanntlich einberufen worden, damit die Regierung volle Klarheit über die Forderungen der Handwerker erhalte. Die Mitglieder der Kongresse wurden verpflichtet, den streng vertraulichen Charakter der Verhandlungen zu wahren, und hielten ihr Versprechen auch inne. In Dresden trat Dr. von Bötticher im Reichstage erklärte, der Abg. Niehl habe in Köln auf den Verhandlungsnachweis Verzicht geleistet, während der genannte Innungsmann dies entschieden bestritt, so forderte der Centralausschuß vom Reichstag des Innern, das amtliche Protokoll der Kongresse den Innungen vorzulegen. Dieses Protokoll war bereits Verleumdung an den Kaiser angestellt, dem Ausschuss jedoch eine Durchsicht derselben nicht gewährt worden. Nach der erwähnten Reichstagsdeklaration verlangte derselbe jedoch von Neuem Einsicht in das Protokoll, und schon eine flüchtige Durchsicht brachte die Ueberzeugung, daß dieses Schriftstück, welches, wie gesagt, dem Kaiser vorgelegt wurde, die Verhandlungen vollkommen entstellte wiedergab. Die Ausschussmitglieder entredeten nicht nur sofort eine große und wesentliche Verschiebung zwischen ihren eigenen Auszeichnungen und dem Protokoll, sondern sie konnten von allen zur Röhner Kongresse hinzugezogenen Innungsvertretern die schriftliche Verleumdung beibringen, daß die von Herrn von Bötticher behauptete Erklärung Niehl's gegen den Verhandlungsnachweis nicht existiere. Infolgedessen sah sich das Reichsamt des Innern gezwungen, den Innungen das Protokoll im Druck zuzustellen, und der Ausschuss will nun dem Handwerkerkongress vorklagen, außer Kaiser eine Deputation zu entsenden, um dem Monarchen die Wünsche des Handwerks in unentstellter Form vorzutragen. Es ist erfreulich, daß solchen Erscheinungen gegenüber die Handwerker doch immer den Kopf oben behalten, so sehr auch von anderer Seite daran gearbeitet wird, ihn ganz zu Boden zu drücken. Es ist vor Allem erfreulich, daß sie den Appell von dem schlecht unterrichteten an den besser zu unterrichteten Kaiser beachteten. Es wäre aber auch wünschenswert, wenn das Handwerk ein wenig mehr Initiative und Selbstbewußtsein zeigte, als es leider bisher vielfach der Fall ist.

In Oesterreich-Ungarn stehen neuerdings mehrere Fragen auf der Tagesordnung, die nicht ohne weitgehende Bedeutung sind. In erster Linie sind die Dinge in Böhmen wieder einmal auf einem Punkt angelangt, der das Ausgleichsverhältnis zwischen Tschechen und Deutschen in einem recht bedenklichen Lichte erscheinen läßt. Der Adel hat sich mit den Jungtschechen vereinigt, um das Resultat der zwölfjährigen Bemühungen des Grafen Taaffe um Versöhnung wieder zu vernichten. Noch schwächen allerlei Berathungen zwischen den maßgebenden Faktoren, so daß man den schließlichen Ausgang und vor Allem die Stellungnahme des gegenwärtigen Kabinetts noch nicht prognostizieren kann; aber soviel steht fest, daß eine etwaige Wandlung in den böhmisches Verhältnissen auch die Beziehungen der Deutschen im Reichstag zum Ministerium stark beeinflussen und neue Stürme herbeiführen müßte. Wenn der böhmisches Ausgleich verknüpft, dann dürften auch die Deutschliberalen einleiden, daß die Frucht ihrer zwölfjährigen Opposition, die Ernennung eines Parteiführers zum Landmann-Minister, recht dürftig war. „Der Ausgleich ist eine faulende Leiche, die man aus sanitärem Interesse verscharrten muß, je früher, desto besser“, so jubelt bereits ein junges tschechisches Blatt. So unerfreulich die hier skizzierte Perspektive ist,

und immer wieder hinausgeschobenen Regelung der Valuta nun endlich Ernst zu werden scheint. Diese Frage liegt nicht allein im Interesse unseres Nachbarlandes, sondern auch in dem aller mit ihm wirtschaftlich verkehrenden Staaten und besonders auch Deutschlands. Für den Oesterreicher und Ungarn war es bisher sicherlich kein großes Vergnügen, an der Hand seines Papiergeldes stets damit zu rechnen, daß schon am nächsten Tage eine Schwankung den Werth der Geldeinheit verschleppen kann; für den fremden Importeur ist es noch weniger ein Genuß, bei Lieferungen nach Oesterreich-Ungarn zugleich Valutaspekulationen zu machen. Einen Hauptgrund für die stete Verschlebung der Regulierung dürfte neben der erst neuerdings wieder geborenen Finanzlage das Interesse der österrösch-ungarischen Exporteure geboten haben, die aus dem Desiderat der Papier-Valuta eine Prämie für die Ausfuhr erhielten. Nach den jetzt eingegangenen Handelsverträgen war es eine Ehrenpflicht unseres Nachbarlandes, dieser Frage näher zu treten, und es wäre ein willkommener Zug von Noblesse, wenn aus dem „Näher-treten“ eine wirkliche Thatfache würde. Bis es dahin kommt, ist noch manche Schwierigkeit zu überwinden; zunächst heißt es, da die Goldwährung den Verhältnissen entsprechend allein in Frage kommt, das nötige Edelmetall durch Ausgabe von neuen Anleihen zu sichern, die nach schätzbarer Schätzung einen Betrag von 700-800 Mill. Mark erreichen müßten. Wie es scheint, dürfte die Rothschildgruppe den Ministern Steinbach und Wederle hierfür bereits Propositionen gemacht haben, die ihre Billigung fanden. Jene Summe aber kann nicht übermäßig hoch erscheinen, wenn man erwägt, daß es sich hierbei zugleich um die Umgestaltung aller eis- und tauchelbarischen Geldzeichen vom halben Kreuzer bis zum „Tausender“ handelt, daß mehrere Millionen Stück Scheidemünzen, ferner Silber- und Goldstücke umgeprägt werden müssen und daß damit den beiden Wägen in Wien und Kremnitz eine kolossale Aufgabe zufällt. Doch wie dem auch sein mag, die Wiener Börsen, welche die Mittelklassen über die drabstichtigste Reform mit lebhaftester Haufe begrüßt, täuscht sich sicherlich nicht, wenn sie von derselben erhofft, daß sie Oesterreich von dem Börsenschmelz, auf dem es sich der Weltwirtschaft gegenüber befand, herunterführen wird, daß sich Industrie und Handel neu beleben und eine neue Epoche für das Wirtschaftleben unseres Nachbarlandes eintreten wird. Die soziale Bedeutung der Maßregel aber dürfte darin liegen, daß unter dem Schwanken der Valuta bisher die kleinen Leute am Meisten litten und daß also gerade ihnen jetzt eine wesentliche Erleichterung beschieden sein soll.

### Herrschreib- und Fernsprech-Berichte vom 29. Januar.

Berlin, Reichstag. Der Gesetzentwurf, betr. die Anwendung der wertgesetzlichen Zollsätze auf Getreide, Holz, Wein, wird in namentlicher Abstimmung mit 124 gegen 107 Stimmen angenommen; dagegen kommen die Rechte und die Weisheit des Centrums, sowie die Antisemiten. Der Gesetzentwurf betr. die Anwendung der für die Einfuhr nach Deutsch-land verbotenen be- liebigen Zollbestimmungen und Zollermäßigungen gegenüber den nicht mehrbeamteten Staaten wird einstimmig angenommen. — Es folgt Beratung des Gesetzentwurfes betr. die Einziehung der Vereinssteuer österrösch-ungarischer Gewerkschaften. — Abg. Dr. v. Jurek (sonst.) beantragt Vorberatung des Entwurfs in einer kleinen Kommission, in welcher es der Regierung möglich sei, mehr noch, als es hier geschehen konnte, die Bedenken seiner Freunde zu zerstreuen. Er wüßte weitere Ausdehnung der Ausprägung von silbernen Münz- marken. Sollte man die eingegangenen Silbermarken auf dem internationalen Markt zum Verkauf bringen, so würde damit der Silbermarkt sehr erleichtert werden. — Abg. Dr. v. Hammer (sonst.): Die Vorlage könnte sehr gut im Plenum beraten werden. Er halte übrigens den Bundesrat jedenfalls für den, die österrösch-ungarischen Zölle ohne Wirkung des Reichstages einzusetzen. Gegen die weitere Ausprägung von Münzmarken habe er nichts einzuwenden. Zu einem Verkauf des Silbers im gegenwärtigen Moment werde die Regierung schwerlich beschreiten, da jetzt das Silber billiger sei als je zuvor. Aber eine Verpflichtung für alle Zeit, nicht zu verkaufen, werde die Regierung nicht eingehen können. — Abg. v. Kardorff (sonst.) erwidert auf eine Bemerkung v. Hammer's, im Lande bestände noch kein Interesse für die Währungsfrage, und man könne immer mehr noch, daß wir vor der Frage stehen, ob wir unsere Landwirthschaft oder die Gold- währung aufrecht erhalten wollen. — Sobald werden Vorkommen berathen. Eine Anzahl Civil-Beamten bitten, daß den Militär- Beamten unterliegt wurde. Privatarbeiten auszuführen und mit Waffen und Munition zu handeln. Die Petition wird dem Reichsfiskus zur Erwägung überwiegen. — Ueber die Röhner bitten um Einführung eines Holzes aus mit Salz bestrichene grüne Getreide. Ueber die Petition wird zur Tagesordnung übergegangen. — Eine Petition der böhmer Sozialdemokraten um Bekämpfung von Wahl- veruntreinigungen unter freiem Himmel wird an die Kommission zu- rückverwiesen. — Morgen Nachtrags-Etat.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus setzte die 1. Beratung des Volkskassengesetzes fort. Abg. Birken (sonst.) fürchtet, daß der Vor- lage weitere Konzeptionen an das Centrum folgen werden. So immer man versucht habe, dem Staat auf konsequenter Grundlage zu errichten, habe man sich bald dem organisierten Priesterthum gegenüber befunden, welches die Religion mit sich selbst identifizierte. Er hätte nicht gedacht, daß die Regierung soweit herunterkommen würde, die Bindhorst'schen Anträge zum Gesetz zu machen. Der Moralunterricht könne ohne Religionsunterricht existieren werden. Die Volksschule sei kein Produkt der Kirche, sondern der Reformas- sion. Die Verbesserung der durch die Vorlage getroffenen Verhält- nisse würde nur möglich sein, wenn später einmal die Bevölkerung von ihrem Rechte Gebrauch macht, an der Ausgestaltung der Kon- fession teilzunehmen, das vor allerdings den Katholiken nicht zueht. Wenn dieser geistige Aufschwung stattfinden, dann haben wir Aussicht, ein volkstümliches Schulwesen zu erhalten. (Beifall und Hissen.) — Ministerpräsident Graf Caprivi: Die Gefahr, zu einem Verfall zu gelangen, sei in einem Staat mit zwei verschiedenen Konfessionen weniger ernst. Wenn man Erregung in's Land zu tragen suche, so habe die Regierung bei den Not- standsanträgen bewiesen, daß sie auch gegen den Strom schwimmen

Neuerungen des Reiches länger viel weniger freigestellt, als die getrigge Rede des Abg. v. Cunen, die ein Kriegsspiel war, dem mich überhörte. Wir konnten nicht wissen, daß Sie bei dieser Gelegenheit eine große liberale Partei machen wollten. Jetzt, nach dem die Bedenke der neuen Partei ankommt, ist, sehr ich fürer. Die Art, wie die Partei zu Stande gekommen ist (Hoch und links) und wie seitdem die Nationalliberalen angetreten sind, haben mich überzeugt, daß der Kampf begonnen ist. (Widerstand links.) Wollen Sie ihn nicht, so sprechen Sie es offen aus. Die Regierung will keinen Kampf. Ich verkenne keineswegs die Verdienste der nationalliberalen Partei und des Mannes, der an anderer Stelle ihr Führer ist. Es ist nur fraglich, ob die Partei auf ihrem Stand- punkt beharren kann und wird. Die beiden charakteristischen Kenn- zeichen der Partei waren Nationalismus und Liberalismus. Das Liberale ist nicht mehr das Kennzeichen einer Partei. Die National- liberalen werden also gezwungen, den Liberalismus mehr zu betonen. Herr v. Cunen hat auch geteilt, wie die Regierung sich zu der Zeitungsfrage stellen werde. Was die Meagerungen thun werden, kann ich nicht sagen, aber ich glaube nicht zu irren, wenn ich sage, die preussische Regierung wird ihre Stimme gegen die Zeitungen abgeben. (Beifall.) Die jetzigen Differenzen wegen dieses Gesetzes haben ihre Wurzeln tiefer, als man meint. Ich befinde mich da im Einklang mit dem Abg. Dr. Birch (Wurttemberg). Es handelt sich hier nicht um ewangelisch oder katholisch, sondern um christlich oder atheistisch. (Wohler vom links, Beifall rechts.) Nicht- gläubig kann nicht geteilt werden ohne Konfession. Ueber diese konfessionelle Richtung hinaus geht bereits eine Weltanschauung, die ich und Sie nicht theilen, und wenn wir auch die Zeitungen schalten und fassen, so können Sie auch dort stehen, daß diese Weltanschauung nun sich zeigt. Die Volksschule muß aber alleseit die Religion in ein Verbotnis zu Gott setzen. Das kann nur durch die Religion ge- schehen. Religion muß in den Schulen gelehrt werden. Keines- wegs ist es in der Hand der Sozialdemokratie. Es ist aber eine der ewigen Weisheiten, und wir haben vor der Gefahr, anzuheben zu werden, nicht. Wie Sie sagt, so fern, als Gegen- sätze zwischen den Konfessionen zu verschärfen. Die Regierung will die Konfessionen auch nicht verschärfen, sondern abgrenzen und da- durch Konflikte vermeiden. Stellen Sie sich auch auf diesen Stand- punkt, werden Sie die Dinge anders sehen. Der Wahre Krieg war nicht, daß sich die Deutschen verteidigen. Sollte wieder ein solcher Krieg ausbrechen, damit Sie sich verteidigen? Ich hoffe, wir alle vertrauen uns, wenn sie großen Gefahren, vor denen wir leben, auch erst vor diesen Augen deutlich werden. (Beifall rechts, wiederholtes Hissen links.) — Abg. Krieger (Centr.) be- merkt, daß der Entwurf die Ausübung der Landwirthschaft, die die Konfessionen auch nicht verschärfen, sondern abgrenzen und da- durch Konflikte vermeiden. Stellen Sie sich auch auf diesen Stand- punkt, werden Sie die Dinge anders sehen. Der Wahre Krieg war nicht, daß sich die Deutschen verteidigen. Sollte wieder ein solcher Krieg ausbrechen, damit Sie sich verteidigen? Ich hoffe, wir alle vertrauen uns, wenn sie großen Gefahren, vor denen wir leben, auch erst vor diesen Augen deutlich werden. (Beifall rechts, wiederholtes Hissen links.) — Abg. Krieger (Centr.) be- merkt, daß der Entwurf die Ausübung der Landwirthschaft, die die Konfessionen auch nicht verschärfen, sondern abgrenzen und da- durch Konflikte vermeiden. Stellen Sie sich auch auf diesen Stand- punkt, werden Sie die Dinge anders sehen. Der Wahre Krieg war nicht, daß sich die Deutschen verteidigen. Sollte wieder ein solcher Krieg ausbrechen, damit Sie sich verteidigen? Ich hoffe, wir alle vertrauen uns, wenn sie großen Gefahren, vor denen wir leben, auch erst vor diesen Augen deutlich werden. (Beifall rechts, wiederholtes Hissen links.) — Abg. Krieger (Centr.) be- merkt, daß der Entwurf die Ausübung der Landwirthschaft, die die Konfessionen auch nicht verschärfen, sondern abgrenzen und da- durch Konflikte vermeiden. Stellen Sie sich auch auf diesen Stand- punkt, werden Sie die Dinge anders sehen. Der Wahre Krieg war nicht, daß sich die Deutschen verteidigen. Sollte wieder ein solcher Krieg ausbrechen, damit Sie sich verteidigen? Ich hoffe, wir alle vertrauen uns, wenn sie großen Gefahren, vor denen wir leben, auch erst vor diesen Augen deutlich werden. (Beifall rechts, wiederholtes Hissen links.)

Berlin. Das württembergische Kongress-Parlament hat heute nach Weimar, der Großherzog von Sachsen nach Darmstadt und der Fürst von Waldeck nach Weimar abgereist. — Der Bundesrat geschloß die Verhandlungen mit den neuen, anbelangend, insbesondere Veränderungen des amtlichen Wägen-Verzeichnisses. — Zwischen dem Reich und Spanien ist jetzt auch über die Ein- gangszölle eine vorläufige Verständigung erzielt. Demnach be- stehen sich beide Theile bis zum 30. Juni als vorläufig abge- klärt, das in anderen deutschen Staaten ähnlich analoge Verstim- mungen beständen, wie sie hier vorgeschlagen würden. — Abg. Dr. Krieger (Centr.) erklärt sich gegen einen Mann Moralunterricht, wie ihn Völkler fordern. Die Linie des Ministerpräsidenten gegen die nationalliberale Partei seien verlässliche Worte, die an den Schülern zurückzuführen. — Weiterberatung morgen.

Wien. Vom Schalter des Reichsamt Franz-Josef-Luis wurden gestern Abend 20 reformirte Briefe geschickt. Anzahl Briefe waren von der Firma Nach Wien aufgegeben und enthalten Werthpapiere mit 2000 Gulden Inhalt. Die Aufhebung der übrigen 8 Briefe sind noch unbekannt. — In Wien ist die Karls-Adel- Tuchfabrik heute Nacht niedergebrannt. Der Schaden beträgt 1 Million. — Das der Einreichung von Dienstbüchern angelegte Geopar Schneider wurde zum Tode durch den Strang verurtheilt. Die Hinrichtung wird zuerst am Hofe Schneider vollzogen.

Wett. Nach den bisher bekannten 307 Wahlresultaten sind 180 Liberale, 61 Unabhängige, 49 Nationalen, 7 Agrarischen, 5 kleiner Partei Angehörige und 2 Abgeordnete, deren Parteizugehörigkeit nicht bekannt ist, gewählt. Drei Reichswahlen sind bis jetzt erloschen. — Bern. Der Ständerath hat den Bundesrat ebenfalls ermäch- tigt, den Handelsvertrag mit Italien, wenn derselbe in Stunde kommt, unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Bundesrat zu setzen. — Der Nationalrat nahm Zustimmung von der Verlängerung des Handelsvertrags mit Spanien an. — Der Ständerath hat mit 24 gegen 6 Stimmen den Antrag von Nationalrat gestrichen, betreffend die Handelsbeziehungen zu Frankreich, an- genommen, wonach Frankreich weiterhin die Handelsabfertigung erhalte, damit die Handelsbeziehungen betrefend der Denabiegung des fran- zösischen Minimaltarifs geändert werden können.

Die Berliner Börse verließ matt auf offizielle Wiener Ausstellungen über die Valuta-Regulierung, auf die Auflösung des Konfessions-Konjunktums der Protestanten, portugiesischen Tabak- Obligationen und auf ungünstige Berichte über den Zustand der Dresdener Bank und der Distrikts-Geldkassen. Speculative Banken präsentirten niedriger, Friedberg verloren ca. 3 Prozent. Von österreichischen Bahnen Anzeigen, Lombarden und Wechsel auf behauptet, andere angeboten. Deutsche Bahnen still, behauptet. Bergwerke listlos und schwächer. Fremde Renten anfangs still, später niedriger. Im Ansaufverehr fortwährend Anlagenerwerb powiegend ist. In Leihenden-Papieren wenig Veränderung. In Industrien überwiegt Conto-Ermäßigung. Privatdiskont 1 1/2 Prozent. Nachbörse schwach. — Wetter: Regenreich, Westwind.

Spind's württembergische Spinn- und Weberei- Fabrik.  
Dresdner Molkerei GbH. Spind, Burgstraße 41/42.